

Der sozialkritische US-Publizist Tom Eley beleuchtet die menschenverachtende Innenpolitik der Obama-Administration, über die sich unsere Mainstream-Medien ausschweigen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 013/10 – 12.01.10**

Die USA im neuen Jahr: Ein Bild des sozialen Elends

Von Tom Eley

World Socialist Web Site, 05.01.10

(<http://www.wsws.org/articles/2010/jan2010/soci-j05.shtml>)

Das neue Jahrzehnt hat der US-Arbeiterklasse ein Niveau sozialen Elends beschert, wie sie es seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr erlitten hat. Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, Ausschluss von der Versorgung mit Energie und Wasser, Obdachlosigkeit, Zwangsvollstreckung und Zahlungsunfähigkeit sind zu alltäglichen Erfahrungen für Millionen geworden.

Aber anders als in der Weltwirtschaftskrise, in der mit bescheidenen Reformen auf die Not reagiert wurde, ergreifen die Obama-Regierung, der Kongress, die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten und lokale Verwaltungen keine ernsthaften Maßnahmen, die Erleichterung verschaffen könnten. Die beiden Parteien des großen Geldes verschärfen die Krise sogar noch, indem sie in den Bundesstaaten und auf lokaler Ebene die (Sozial-)Haushalte kürzen, und die Obama-Regierung bereitet weitere Sparmaßnahmen vor.

Zur Arbeitslosigkeit: Mit über 10 Prozent erreichte die offizielle US-Arbeitslosenquote im Oktober und November 2009 einen seit Juni 1983 nicht mehr verzeichneten Höchststand. Wenn man auch die Arbeitslosen berücksichtigt, die in der offiziellen Statistik nicht mehr erfasst werden, ist annähernd jeder fünfte Arbeiter arbeitslos oder unterbeschäftigt.

Seit Dezember 2007 hat die Wirtschaft keine zusätzlichen Jobs mehr geschaffen, und seither sind insgesamt 7,2 Millionen Jobs verloren gegangen. Wenn diese Jobverluste auf das inzwischen registrierte Anwachsen der Bevölkerung bezogen wird, müsste die Wirtschaft monatlich etwa 150.000 zusätzliche Jobs schaffen, um das in dieser Zeit auf insgesamt über 10,5 Millionen angewachsene Job-Defizit auszugleichen.

Es ist allgemein bekannt, dass die meisten verlorenen Jobs erst nach Jahren – wenn überhaupt – wieder entstehen werden. Sogar nach der optimistischen Vorhersage des Federal Reserve Board (des Aufsichtsrats der US-Notenbank) wird die Arbeitslosenquote auch im Jahr 2011 über 7 Prozent bleiben. Die Arbeitslosen werden noch lange ohne Beschäftigung sein; die neuesten Zahlen belegen, dass 38,3 Prozent der Arbeitslosen 27 Wochen oder länger ohne Arbeit waren.

Daten für den November zeigen, dass in allen 50 Staaten seit Ende 2008 eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist. Michigan behielt mit 14,7 Prozent die höchste offizielle Arbeitslosenquote. Seine Hauptstadt Detroit, die lange Zeit das Zentrum der US-Autoindustrie war, hat eine offizielle Arbeitslosenquote von 27 Prozent. Die tatsächliche Arbeitslosenquote nähert sich mit fast 50 Prozent dem Niveau an, das während der schlimmsten Zeit der Weltwirtschaftskrise in den Großstädten herrschte.

In Kalifornien betrug die offizielle Arbeitslosenquote im letzten November 12,3 Prozent. Der bevölkerungsreichste US-Staat hat allein im Lauf des Jahres 2009 rund 617.000 Jobs verloren.

Was vom sozialen Netz der USA übrig geblieben ist, reicht keinesfalls zur Bewältigung dieser Krise aus, denn noch nicht einmal die Hälfte der Arbeitslosen erhält Arbeitslosenunterstützung. Im Dezember bezogen in den USA fast zehn Millionen Arbeiter Arbeitslosenunterstützung, nicht ganz die Hälfte von ihnen in Form verlängerter oder vorübergehend gewährter Nothilfe. Bei etwa 5,6 Millionen Arbeitern war der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ausgelaufen, und sie hatten auch die Suche nach einem neuen Job aufgegeben.

Wer das Glück hatte, 2009 seinen Job zu behalten, musste kürzere Arbeitszeiten, Lohnkürzungen und die Streichung sonstiger Vergünstigungen hinnehmen, obwohl die Arbeitgeber die Produktivität steigerten. Während die Wochenlöhne im letzten Jahr durchschnittlich um ein Prozent sanken, stieg die Produktivität im zweiten Quartal um 6,4 Prozent und im dritten Quartal sogar um 8,1 Prozent.

Zur Zwangsvollstreckung und Zahlungsunfähigkeit: Eine wachsende Anzahl von arbeitslosen Arbeitern mit finanziellen Problemen konnten die Hypotheken für ihre Häuser nicht mehr tilgen. Während des dritten Quartals stieg die Zahl der zwangsversteigerten Häuser in den USA auf über eine Million. Im Oktober ergab eine Umfrage der Vereinigung der Hypothekenbanken, dass bei jeder zehnten Hypothek die Rückzahlung um mindestens eine Rate rückständig war, während bei 4,47 Prozent bereits ein Verfahren zur Zwangsversteigerung lief.

Der größte Teil der neuen Zwangsversteigerungen geht nicht auf geplatzte Kreditverträge mit Kunden zurück, die eigentlich nicht kreditwürdig waren, sondern betraf Haushalte, die sich für ihr Darlehen mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen und ausreichendem Einkommen qualifiziert hatten.

Das WALL STREET JOURNAL berichtete am Montag, dass sich die Anzahl der Privatsolvenzen im Jahr 2009 um fast ein Drittel auf insgesamt 1,41 Millionen erhöht hat. Die Zeitung nannte die Zunahme "eine Welle, die größtenteils durch Zwangsvollstreckungen und Jobverluste verursacht wurde".

Zu Armut und Hunger: Armut und Hunger, die bereits im Jahr 2008 vor Ausbruch der Wirtschaftskrise im Steigen waren, haben sich verschärft.

Die Analyse der Zahlen der im Jahr 2008 in den USA durchgeführten Volkszählung nach den Kriterien der National Academy of Sciences (der Nationalen Akademie der Wissenschaften) zeigt, dass 47,4 Millionen US-Amerikaner, das sind 15,8 Prozent der Bevölkerung, unter der offiziellen Armutsgrenze lebten. Sogar nach offiziellen Regierungsangaben litten im Jahr 2008 rund 39,8 Millionen Menschen oder 13,2 Prozent der Bevölkerung unter Armut. Eins von fünf Kindern in den USA wuchs nach offiziellen Angaben im Jahr 2008 in Armut auf.

Die tatsächliche Armutsrate liegt viel höher, da die von der Regierung auf 22.000 Dollar (Jahreseinkommen) festgesetzte Einkommensgrenze für eine vierköpfige Familie absurd und viel zu niedrig ist.

Judy Putnam, eine Sprecherin der Michigan League for Human Services (der Liga für Dienst am Menschen in Michigan) sprach mit der WORLD SOCIALIST WEB SITE über

die neue Studie "Michigan by the Numbers: Hard Times Continue" (Michigan in Zahlen: Die harten Zeiten setzen sich fort), die ihre Organisation vorgelegt hat. Nach Frau Putnams Aussage wachsen in Michigan 22 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in Armut auf. Bei den afro-amerikanischen Kindern sind es sogar 45 Prozent, und in Detroit ist es die Hälfte aller Kinder.

"Viele derjenigen, die bei vergangenen Konjunkturkrisen Beihilfen erhalten hätten, gehen jetzt leer aus," sagte Frau Putnam. "Nur ein Drittel erhält finanzielle Unterstützung, während vor der 'Welfare Refom' (der Sozialhilfe-Reform) im Jahr 1996 noch zwei Drittel anspruchsberechtigt waren. All diese Leute, die dringend Hilfe bräuchten, wurden aus dem sozialen Netz geworfen. Die Menschen in Michigan sind unbedingt auf Lebensmittelgutscheine angewiesen und, wenn möglich, auch auf Arbeitslosenunterstützung. Aber anders als bei früheren Rezessionen erhalten nur die aller-, allerärmsten noch finanzielle Zuwendungen."

Die Belege für den in den USA weit verbreiteten Hunger sind unbestreitbar. Im Dezember hat die National Conference of Mayors (die Nationale Konferenz der Bürgermeister) eine Studie über 27 Großstädte veröffentlicht, die den Zeitraum zwischen Oktober 2008 und September 2009 abdeckt. Darin wird festgestellt, dass seit 1991 noch nie so viele Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen waren.

Im November hat das US-Landwirtschaftsministerium berichtet, dass im Jahr 2008 eine rekordverdächtige Anzahl von 49,1 Millionen Amerikanern, also ein Sechstel der Bevölkerung, nicht ausreichend mit angemessener Nahrung versorgt war.

Ebenfalls im November veröffentlichte Feeding America (Essen für Amerika), eine nationale Organisation für Nahrungsmittelhilfe, Details einer Erhebung über den Einfluss der Wirtschaftsentwicklung auf einige ihrer 63.000 Nahrungsmittel-Ausgabestellen. Es wurde festgestellt, dass sich zwischen Sommer 2008 und Sommer 2009 die Nachfrage nach kostenlosen Lebensmitteln in den USA insgesamt um mehr als 30 Prozent erhöht hat.

Viele derjenigen, die auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind, haben nach einer kürzlich von der NEW YORK TIMES vorgenommenen Auswertung staatlicher Daten keine andere Einkommensquelle. Sechs Millionen Amerikaner, das heißt einer von 50, geben an, dass sie neben den Lebensmittelgutscheinen, die sie über das gemeinsame Supplemental Nutrition Assistance Program / SNAP (das Nahrungsmittel-Ergänzungsprogramm) der Bundesstaaten erhalten, kein sonstiges Einkommen haben.

Nach einer kürzlich von den Archives of Pediatrics and Adolescent Medicine (den Archiven für Kinder- und Jugendheilkunde) veröffentlichten Studie waren etwa die Hälfte aller US-Kinder irgendwann in ihrer Kindheit einmal auf Lebensmittelgutscheine angewiesen. Bei afro-amerikanischen Kindern waren es sogar 90 Prozent.

Zur Obdachlosigkeit und zum Ausschluss von der Versorgung mit Energie und Wasser: Nachdem in der letzten Wochen in weite Teile der USA ein bitterkalter Winter eingezogen ist, haben sich die Lebensbedingungen für die Obdachlosen und diejenigen, die von der Versorgung mit Wasser und Energie ausgeschlossen sind, entscheidend verschlechtert.

Die Zahl der Teilnehmer an dem Low-Income Home Energy Assistance Program / LIHEAP (dem Energie-Hilfsprogramm der Regierung für einkommensschwache Haushalte) hat 2009 um 25 Prozent zugenommen, und für 2010 wird eine Steigerung um weitere 20 Prozent erwartet.

Von den 27 Großstädten, die in der Studie der National Conference of Mayors (s. o.) erfasst wurden, haben 19 eine Zunahme der Obdachlosigkeit von Familien vom Herbst 2008 bis Herbst 2009 angegeben. Die größten Zunahmen waren in Dallas mit 20 Prozent, in Boston und Kansas City mit je 22 Prozent und in Charleston sogar mit 41 Prozent zu beklagen.

In allen Bundesstaaten sind an die "Hoovervilles" (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Hooverville>) der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts erinnernde Elendsquartiere entstanden. Die Menschen in diesen Lagern leben in Zelten oder in aus Holzresten, Almetall, Kartons und anderem Müll gebauten Buden – ohne fließendes Wasser, Toiletten, Elektrizität und Müllabfuhr.

Eine unvergessliche Szene fand am 5. Oktober in Detroit statt, als etwa 50.000 Bürger eine lange Schlange um die Cobo Hall, ein Tagungszentrum, bildeten, weil sie ein Gerücht gehört hatten, dass die Stadt Zuschüsse zu den Versorgungskosten und Mieten gewähre; städtische Angestellte teilten mit, dass nur ein winziger Bruchteil der Bittsteller mit Hilfe rechnen konnte.

Zu den Aussichten der Jugendlichen: Die Wirtschaftskrise hat wahrscheinlich die negativsten Auswirkungen auf die Jugend. Alle vorhandenen Daten über Obdachlosigkeit, Hunger und Arbeitslosigkeit belegen, dass junge Menschen unverhältnismäßig stark betroffen sind.

Einer Studie des Pew Research Centers (eines US-Meinungsforschungsinstituts, s. <http://people-press.org/>), die im November veröffentlicht wurde, ist zu entnehmen, dass jeder 10. (allein lebende) Erwachsene unter 35 wegen der Rezession wieder ins Haus seiner Eltern gezogen ist. Insgesamt lebt die Hälfte 18- bis 24-Jährigen jetzt wieder bei ihren Eltern. Nur etwa die Hälfte der jungen Leute hat Jobs; das ist die niedrigste Zahl seit 1948.

Eine neue Studie belegt, dass weniger als die Hälfte der Studenten ihr zwei- oder vierjähriges College-Studium planmäßig abschließt und dass die meisten, die das Studium abbrechen oder mit Verzögerung beenden, das wegen finanzieller Probleme tun.

Diejenigen, die wirklich einen Abschluss erwerben, treffen auf den schlechtesten Arbeitsmarkt für Studierende seit 30 Jahren und gehen meistens mit Rekordschulden ab. 2008 hatte ein Universitätsabsolvent durchschnittlich 23.000 Dollar Kreditschulden, und im dritten Quartal lag die Arbeitslosenquote für Universitätsabsolventen im Alter von 20 bis 24 Jahren bei 10,6 Prozent.

Inzwischen sitzt einer von zehn männlichen High-School-Abbrechern im Alter von 16 bis 24 Jahren entweder in einer Jugendstrafanstalt oder im Gefängnis. Ein Studie der Northeastern University hat ergeben, dass von den schwarzen männlichen High-School-Abbrechern mehr als ein Fünftel inhaftiert sind. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung der USA sitzt nach jüngsten Angaben des Justizministeriums einer von 31 US-Erwachsenen hinter Schloss und Riegel, hat Bewährung oder Strafaussetzung erhalten.

Die Antwort der Regierung: Die Antwort der Regierungen der Bundesstaaten und der lokalen Verwaltungen auf diese soziale Katastrophe ist eine drastische Verminderung von Sozialeinrichtungen und Job-Kürzungen (für Betreuer); das ist unvermeidlich, weil sich die Obama-Regierung weigert, Soforthilfen zur Verfügung zu stellen, mit denen die klaffenden Haushaltslücken geschlossen werden könnten.

Das Gesamtdefizit, das die Einzelstaaten von 2009 bis 2012 aufgehäuft haben, wird jetzt auf 460 Milliarden Dollar geschätzt und wird wahrscheinlich weiter wachsen, weil in allen Hauptstädten der Bundesstaaten Schätzungen über rasch sinkende Steuereinnahmen vorliegen.

"Alles und jedes steht jetzt in Frage," erklärte Todd Haggerty, ein politischer Berater der National Conference of State Legislatures (der Nationalen Konferenz zur Beratung der Bundesstaaten, s. http://en.wikipedia.org/wiki/National_Conference_of_State_Legislatures). Erst hätten die einzelnen Staaten "das Fett weggeschnitten, dann das Fleisch und jetzt bleiben nur noch die Knochen". Die leichten Entscheidungen seien alle schon getroffen.

Es wird erwartet, dass sich die Haushaltssituation in diesem Jahr entscheidend verschlechtern wird, wenn das Geld aus dem Konjunkturpaket, das mit dem American Recovery and Reinvestment Act (dem Gesetz zur Wiederherstellung und Neufinanzierung der US-Wirtschaft) beschlossen wurde, ausgegeben ist.

Wie die Bundesstaaten steht die US-Regierung vor einer Haushaltskatastrophe; nach ziemlich optimistischen Vorhersagen der Obama-Administration wird sich das US-Haushaltsdefizit am Ende des neuen Jahrzehnts auf über 10 Billionen Dollar erhöht haben. Ausgabenkürzungen müssen schon deshalb vorgenommen werden, um Gläubiger – vor allem China – davon zu überzeugen, dass die USA "ihre Finanzen in Ordnung bringen wollen," schrieb das WALL STREET JOURNAL am Montag in einem Bericht über die Jahresversammlung der American Economic Association (s. <http://www.neaekon.org/>).

Als Antwort der Obama-Regierung wird ein beispielloses Programm von Haushaltsbegrenzungen und scharfen Einschnitten bei den Sozialausgaben erwartet, das der Präsident wahrscheinlich bei seiner Rede zur Lage der Nation Anfang nächsten Monats bekanntgeben und in den kurz danach vorzulegenden Entwurf für den neuen Haushalt einbauen wird. Obamas wiederholtes Beharren auf einer notwendigen Reduzierung des Konsums der Amerikaner ist nur ein Code für weitere Angriffe auf die Besitzstände der Arbeiterklasse – damit noch mehr Billionen für die Banken und für die ausufernden Kriege in Zentralasien und im Mittleren Osten verschwendet werden können.

In der Diskussion über mögliche Maßnahmen zur Verminderung des Defizits geht es auch um Steuererhöhungen, wie eine nationale Umsatzsteuer, und um umfassende Kürzungen bei Sozialprogrammen, zum Beispiel bei der Gesundheitsfürsorge und der Sozialversicherung, auf die Millionen Menschen angewiesen sind.

Solche Maßnahmen kennzeichnen auch die von der Regierung betriebene Reform der Krankenversicherung, welche die Kosten für die Unternehmen und die Regierung senkt, während sie die Leistungen für Millionen arbeitende Menschen schmälert und ihnen hohe Zusatzzahlungen aufbürdet.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit erläuternden Hinweisen in Klammern versehen. Er sollte als wichtige Ergänzung zu dem unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP01210_110110.pdf veröffentlichten Artikel von James Petras gesehen werden. Ein weitere Beitrag von Tom Eley mit dem Titel "The American ruling class" ist aufzurufen unter <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=12205> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

World Socialist Web Site

New Year in America: A portrait of social misery

By Tom Eley

5 January 2010

The new decade finds the US working class suffering a level of social misery not seen since the Great Depression. Unemployment, poverty, hunger, utility cutoffs, homelessness, foreclosures and bankruptcies have become common experiences for millions.

But unlike in the Great Depression, when limited reforms were put in place in response to the crisis, the Obama administration, Congress, and state and local governments are taking no serious measures to provide relief. On the contrary, the two parties of big business are exacerbating the crisis through budget cuts at the state and local level and the federal government is preparing new austerity measures.

Unemployment: At over 10 percent, the official US jobless rate reached in October and November was the highest since June of 1983. A broader measure of unemployment, taking into account those who have fallen out of the official workforce, reveals that something approaching one in five workers is unemployed or underemployed.

The economy has not added jobs since December 2007, and in that same time span has lost 7.2 million jobs overall. Coupling these losses with population growth—the economy must add about 150,000 jobs per month to break even—the net jobs deficit in the period is well over 10.5 million.

It is widely acknowledged that most of the jobs lost will not return for years, if ever. Even by the optimistic forecast of the Federal Reserve Board, the jobless rate will remain above 7 percent through 2011. Those without jobs face long periods of unemployment, the most recent figures showing that 38.3 percent of the unemployed have been without work for 27 weeks or longer.

Data for November show that all 50 states have witnessed an increase in unemployment since the end of 2008. Michigan continued to have the highest official jobless rate at 14.7 percent. Detroit, its principal city and the longtime hub of US auto production, had an official unemployment rate of 27 percent. The real rate approaches 50 percent, a number in line with the worst levels of big city unemployment during the Great Depression.

In California, 12.3 percent of the official workforce was unemployed in November. The most populous US state had by itself shed 617,000 jobs over the previous year.

What remains of the US social safety net is woefully unprepared to meet this crisis, with jobless benefits reaching well under half of unemployed workers. In December nearly ten million workers in the US were receiving jobless benefits, not quite half of these in the form of extended or emergency relief. There were some 5.6 million workers who had both exhausted their unemployment benefits and given up looking up for work.

Those fortunate enough to keep their jobs in 2009 saw their hours, wages and benefits cut, even as employers drove up their productivity. In real terms, average weekly wages fell by 1 percent last year, while worker productivity was ratcheted up by 8.1 percent in the third quarter and 6.4 percent in the second.

Foreclosures and bankruptcies: Increasing numbers of unemployed and financially stressed workers have been unable to meet their mortgage payments. During the third quarter, the number of US homes in foreclosure surpassed one million. In October, a survey by the Mortgage Bankers Association found that about one in ten mortgages was at least one payment behind, while 4.47 percent were in the process of foreclosure.

Most of the recent increase in foreclosures has occurred outside of the subprime loan market, among households that had previously qualified for loans based on stable employment and income.

The Wall Street Journal reported on Monday that filings for personal bankruptcy rose to 1.41 million in 2009, up by almost one third. The newspaper called the increase “a surge largely driven by foreclosures and job losses.”

Poverty and hunger: Poverty and hunger, already on the rise in 2008 before the brunt of the economic crisis hit, have intensified.

Analysis of the 2008 US census using criteria favored by the National Academy of Sciences shows that 47.4 million Americans, 15.8 percent of the population, were living below the official poverty line. The official government tally recorded 39.8 million people in poverty in 2008, or 13.2 percent of the population. One in five US children was living in poverty in 2008, according to the official data.

The real poverty rate is far higher, since the income threshold set by the government—\$22,000 for a family of four—is absurdly low.

Judy Putnam, a spokesperson for the Michigan League for Human Services, discussed with the World Socialist Web Site her organization’s new study “Michigan by the Numbers: Hard Times Continue.” According to Putnam, 22 percent of the state’s children under five are growing up in poverty. For African American children, the figure is 45 percent, with half the children in Detroit growing up poor.

“Many of those who would have received cash assistance in past recessions are not getting it now,” Putnam said. “Only a third are getting cash assistance compared with two-thirds before ‘welfare reform’ in 1996. All of these folks who need assistance have been squeezed off the safety net. People in Michigan are heavily dependent on food stamps and, if they qualify, for unemployment benefits. But unlike previous recessions only the very, very poor qualify for cash assistance.”

The evidence of widespread hunger in the US is unmistakable. In December, the National Conference of Mayors released a study of 27 major cities conducted between October 2008 and September 2009. The report revealed the largest increase in those seeking food assistance since 1991.

In November, the United States Department of Agriculture reported that a record 49.1 million Americans, one sixth of the population, lacked dependable access to adequate food in 2008.

Also in November, Feeding America, a national food assistance organization, released details of an economic impact survey of some of its 63,000 member food charities. It found that between summer 2008 and summer 2009, demand for food charity rose by over 30 percent nationally.

Many of those reliant on food assistance have no other source of income, a new analysis of state data by the New York Times reveals. Six million Americans, or 1 in 50, report no income beyond what they receive in food stamps through the joint federal-state Supplemental Nutrition Assistance Program .

According to a recent study published in the Archives of Pediatrics and Adolescent Medicine, about half of US children will rely on food stamps at some point during their childhood. The figure is 90 percent for black children.

Homelessness and utility cutoffs: With a bitter cold snap settling over much of the nation last week, those suffering homelessness and utility cutoffs found themselves in dangerous conditions.

The caseload of the government's Low-Income Home Energy Assistance Program (LI-HEAP) increased by 25 percent in 2009, and is projected to increase by another 20 percent in 2010.

Among the 27 major cities surveyed by the US Conference of Mayors report, 19 reported an increase in family homelessness between the autumns of 2008 and 2009. The largest increases were in Dallas (20 percent), Boston and Kansas City (22 percent each), and Charleston (41 percent).

Across the US, shantytowns reminiscent of the "Hoovervilles" of the 1930s have emerged. People in these encampments live in tents or shacks built of old wood, scrap metal, cardboard and other waste, with no running water, electricity, plumbing, or garbage removal.

An indelible scene took place in Detroit on October 5, when an estimated 50,000 city residents formed a long line stretching around the Cobo Hall convention center after hearing rumors that the city was dispensing assistance for utility bills and housing payments. City officials said only a tiny fraction of those seeking assistance would receive help.

Conditions of the youth: The economic crisis has exacted perhaps its greatest toll on the youth. All of the data related to hunger, homelessness and unemployment show that young people are disproportionately affected.

A study by the Pew Research Center published in November shows that one in ten adults under the age of 35 has moved back to his parents' home as a result of the recession. Overall, half of those aged 18 to 24 now live with their parents. Only about half of young people have jobs, the lowest figure on record dating back to 1948.

A recent study showed that less than half of students graduate on schedule after signing up for a two- or four-year college program, and that most who quit or delay their studies do so on account of economic hardship.

Those who do graduate enter the worst market for degree holders in 30 years, and with record levels of student debt. The average college graduate in 2008 carried a burden of \$23,000 in student loan debt, while the unemployment rate for college graduates aged 20 to 24 reached 10.6 percent in the third quarter.

Meanwhile, one in ten male high school dropouts, ages 16 to 24, is currently either in prison or juvenile detention. Among black male high school dropouts, more than a fifth are incarcerated, a study by researchers at Northeastern University shows. For the population as a whole, the Justice Department recently reported that 1 in 31 US adults is behind bars

or on probation or parole.

The response of the government: The response of state and local governments to this social catastrophe is drastic reductions in social services and job cuts, under conditions where the Obama administration refuses to provide emergency aid to help cover budget deficits.

The total deficit of the states from 2009 to 2012 is now estimated at \$460 billion, a figure that is likely to grow as more state capitals adjust estimates for rapidly declining tax revenue.

"Anything and everything's on the table," said Todd Haggerty, a policy associate with the National Conference of State Legislators. States have "cut the fat, cut the muscle and are now cutting bone. The easy decisions have already been made."

The fiscal situation confronting the states is expected to deteriorate sharply next year when funds from the federal economic stimulus package, the American Recovery and Reinvestment Act, are exhausted.

Like the states, the federal government faces a fiscal catastrophe, with cumulative US budget deficits expected to top \$10 trillion by the end of the new decade, according to the Obama administration's rather optimistic forecast. Cuts in spending must be put in place, in part, to convince creditors, especially China, that the US "can get its finances back in order," the Wall Street Journal wrote Monday in a feature on the annual gathering of the American Economic Association.

The response of the Obama administration is to call for an unprecedented program of fiscal austerity and sharp cuts in social spending, to be announced in his State of the Union address early next month and outlined in the new federal budget proposal shortly thereafter. Obama's repeated insistence on the need for Americans to reduce their consumption—even as trillions more are allocated for the banks and for ever-expanding wars in Central Asia and the Middle East—is code language for a deepening of the assault on the working class.

The discussion of possible deficit reduction measures includes regressive taxes such as a national sales tax and sweeping cuts in entitlement programs on which millions of people rely, such as Medicare and Social Security.

Such measures are on top of the administration's health care overhaul, which will reduce costs for corporations and the government while slashing benefits and increasing out-of-pocket expenses for millions of working people.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern